

Jetzt aber Grün

Die grünen Kandidaten für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Neukölln stellen sich vor und werben für grüne Politik

Seiten 2, 3, 4 und 5

Stadtteilmütter für Neukölln

Die Neuköllner BVV hat jetzt den Weg frei gemacht, das Modell-Projekt Stadtteilmütter als bezirkliche Regelleistung für ganz Neukölln wirksam werden zu lassen. Dazu ein Bericht auf...

Seite 2

Energiesparen im Schneckentempo

Die Bilanz zum Thema Energiesparen in Neukölln ist alles andere als positiv. Der Energieverbrauch aller Liegenschaften im Bezirk ist laut Energiebericht 2004 von 1998 bis 2004 insgesamt gestiegen...

Seite 3

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 157, Juni/Juli 2006

Grüne gegen „Estrel“-Einkaufszentrum

CDU, SPD und FDP gefährden Existenz vorhandener Geschäfte

Neukölln – Gegen die Stimmen von Grünen und PDS hat sich die Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung Ende Mai für die Erweiterungspläne des „Estrel“-Hotels auf dem ehemaligen Alcatel-Gelände an der Sonnenallee ausgesprochen. Dort soll nicht nur - unter dem Namen „Convention Center II“ bzw. „Estrel-Parc“ - eine 10.000 Personen fassende Veranstaltungshalle und später ein großes Hotel entstehen, sondern zugleich im Erdgeschoss ein 12.500 m² großes Einzelhandelszentrum.

Estrel-Juniorchef Julian Streletzki hatte die Kopplung damit begründet, dass die Banken ihm für das 80 Millionen Euro teure Projekt nur einen Kredit gewähren würden, wenn er dort auch Läden wie „Kaufland“ als verlässliche Einnahmebringer ansiedele.

„Wir Grüne begrüßen den geplanten Bau der „Estrel“-Halle, aber nicht um jeden Preis“, erklärte Jürgen Biele, baupolitischer Sprecher seiner Fraktion: „Die Geschäfte an der Sonnenallee und Karl-Marx-Straße werden dadurch in ihrer Existenz gefährdet.“ Selbst bei einem angedachten Ausschluss von Elektroniksortimenten würden vor allem nahegelegene Lebensmittelhändler und auch weiter entfernte Fach-

geschäfte bedroht. Biele bezeichnete es als unerträglich, wenn Banken mit Investoren die bezirkliche Bau- und Wirtschaftspolitik bestimmten.

Neue Jobs fraglich

Vertreter von CDU und SPD führten vor allem ins Feld, dass das Projekt 500 Arbeitsplätze bringen würde. Nach Presseberichten verteilten sich diese auf 200 im Veranstaltungsbe- reich und 300 im Handel. Letzteres bestreitet Dieter Abhauer, Vorsitzender der „AG Karl-Marx-Straße“, ein Zusammenschluss der dortigen Gewerbetreibenden: „Bei konstanten Einzelhandelsumsätzen in Berlin kann sich jeder neue Mitbewerber nur durch Verdrängung etablieren.“ Das bedeute, dass die Jobs in den eingessenen Läden verloren gingen. Abhauer weist außerdem darauf hin, dass sich die Einzelhandelsflächen in den letzten zehn Jahren in Berlin fast verdoppelt hätten, hingegen sei die Zahl der Vollbeschäftigten in der Branche in derselben Zeit um dreißig Prozent gesunken.

Senat oder Bezirksamt dop- pelzüngig?

Daher hält die „AG Karl-Marx-Straße“

die Entscheidung der Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD), die Größe der „Estrel“-Handelsflächen auf 2.000 m² zu reduzieren, für richtig. Bau- stadträtin Stefanie Vogelsang (CDU) hatte hingegen der Senatsbauverwaltung vorgeworfen, unglaublich zu sein, da sie ursprünglich das Projekt gebilligt habe. Die erste Stellungnahmen der Senatsverwaltung machte die Zustimmung aber von weiteren Untersuchungen abhängig. Das darauf hin erstellte bezirkliche Tentrenkonzept wirkte aber zu Gunsten der Estrel-Erweiterung geschönt.

Umgekehrt erinnerte der grüne Bezirksverordnete Biele daran, dass das Bezirksamt noch vor zwei Jahren das 700 m entfernte „Neucölln-Carree“ an der Grenzallee/Ecke Sonnenallee von beantragten 16.000 m² auf 4.500 m² Verkaufsfläche zurechtgestutzt hatte. „Es ist unlogisch und unfair“, so Biele, „heute ein Stück weiter an der Sonnenallee einem anderen Investor freie Hand zu lassen“.

Demgegenüber begrüßten die Grünen die Einigkeit aller fünf Fraktionen der BVV darüber, in der ehemaligen „Kindl-Brauerei“ an der Werbellinstraße keinen großflächigen Einzelhandel zuzulassen. Es sei aber inkonsequent, beim „Estrel“ einen anderen Maßstab anzulegen. Manfred Herrmann

Neukölln – viele Chancen und viele Aufgaben brauchen viel Grün

von Felicitas Kubala



Neukölln – wohl in keinem Bezirk spiegelt sich die Vielfalt Berlins so wider: Grüne Oasen im Britzer Garten und Körnerpark, Kleingartenidylle und beschauliches Wohnen in der Huferisensiedlung, lebendige Einkaufsstrassen wie die Karl-Marx-Straße, soziale Brennpunkte in der Gropiusstadt, im Rollbergviertel oder im Reuterkiez. Mehr als 300.000 EinwohnerInnen aus 160 Nationen erfüllen Neukölln mit Leben. Hier wollen und müssen wir politische Konzepte zur Integration und sozialen Stadtentwicklung entwickeln, die Modellcharakter für die gesamte Stadt haben. Eine Herausforderung für alle politischen Parteien, die am 17. September in Berlin zur Wahl antreten CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger, Direktkandidat im Neuköllner Wahlkreis 3, hat als zugereister Neuberliner bisher wenig Gespür für die politischen Themen der Stadt gezeigt. Zwar hat er ins „Rüti-Horn“ geblasen und bessere Bildungschancen verspro-

chen. Aber mit seiner populistischen und ausgrenzenden Haltung zum Moschee-Bau in Heinersdorf hat er gezeigt, wie fremd ihm eine moderne Gesellschaft der unterschiedlichen Nationen und Religionen ist. Bündnis 90/Die Grünen stellen sich dieser gesellschaftlichen Realität.

Doch eine verbesserte Bildungspolitik und eine gerechtere Verteilung der Arbeit reichen für die Lösung der vorhandenen Probleme nicht aus. Wir brauchen auch den Willen aller, Migration als Chance und Aufgabe für die deutsche Gesellschaft zu erkennen und anzupacken. Sowohl von Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund. Aber wir fangen nicht bei Null an: In vielen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens in Neukölln funktioniert Integration seit Langem und ohne große Schlagzeilen. In Neukölln werden sich alle KandidatInnen von CDU, SPD und PDS aber auch mit den katastrophalen Auswirkungen der Verkehrspolitik auseinandersetzen müssen. Die große Koalition mit der SPD hat den größtenwahnsinnigen Aus-

bau der Autobahn 113 veranlasst. Die Neuköllnern haben noch mehr Verkehr, schlechte Luft und krankmachenden Lärm bekommen. Und der Weiterbau der Autobahn bis zum Treptower Park ist vom rot-roten Senat schon beschlossen! Umwelt, Wirtschaft und soziale Fragen - Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine zukunftsfähige Politik!

Weniger Lärm und saubere Luft für ganz Neukölln

Das wünschen sich nicht nur die BewohnerInnen der Silbersteinstraße. Feinstaub in der Luft und Verkehrslärm beeinträchtigen die Gesundheit. Gleichzeitig sinkt durch die Verkehrsbelastungen der Wert der Wohnung. Doch wer auf billigen Wohnraum angewiesen ist wird gezwungen, schlechte Luft und Lärm zu akzeptieren. Damit ist bessere Luft an Hauptverkehrsstraßen auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Bündnis 90/ Die Grünen haben durch Aktionen an der Silbersteinstraße und Karl-Marx-Straße immer wieder auf die Überschreitung der zulässigen Grenzwerte hingewiesen.

Neuköllns schöne Seiten

Kleingärten in Neukölln



Ein Stück Grün in Wohnungsnähe

Kleingärten in der Stadt – ein wichtiger Ausgleich für den Menschen. Der Kleingarten ist das eigene Stück Natur, ganz in der Nähe.

Von Kleingärten profitieren alle: Kleingartenanlagen sind ein wichtiger Teil der „grünen Lungen“ in Ballungsräumen, besonders auch in Neukölln. Sie bringen Licht und Luft in behaute Gebiete, gleichen die zunehmende Versiegelung unserer Landschaft aus und sorgen für ein besseres Stadtklima.

Kleingärten sind Grünanlagen zum Nulltarif: Sie stehen allen zum Spaziergang offen. Kleingärten sind unentbehrliche ökologische Inseln in der Stadt. Kleingärten sind Spielräume für Kinder. Hier können sie

gefahrlos spielen und Natur erleben. Sie erfahren natürliche Zusammenhänge als spannendes Abenteuer, das man schmecken und riechen kann. So lernen sie spielerisch den verantwortlichen Umgang mit der Natur.

Hier erfahren sie auch soziale Integration. Ein Schwätzchen am Gartenzaun, gemeinsame Feste, gemeinsame Arbeit für die gesamte Anlage ...

Ob Familie oder Alleinerziehende, ob Kinder, Senioren, junge Leute oder ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger – jeder ist willkommen, jederzeit, in Neuköllns Kleingärten. jüb

Aber bisher steckt der Berliner SPD/PDS-Senat den Kopf in den Feinstaubsand. Gezielte Maßnahmen gegen den Feinstaub soll es frühestens ab 2008 geben. So lange wollen wir nicht warten. Bündnis 90/Die Grünen fordern eine Umweltzone, in der – auch landeseigene - Autos ohne Dieselfilter nichts verloren haben.

Aber die beste Maßnahme gegen Lärm und Feinstaub ist noch immer: Auto stehen lassen und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad zu fahren oder zu laufen. Diesen „Umweltverbund“ wollen wir durch günstige ÖPNV-Tarife, eine dichte Taktfrequenz, neue und sichere Radwege, längere Grünphasen für Fußgänger und mehr Zebrastreifen stärken.

Neukölln ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort

Auch für die Öko-Branche. In sieben Jahre grüner Regierungsbeteiligung im Bund wurden die Weichen für eine zukunftsfähige Energie – und Landwirtschaftspolitik neu gestellt. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) und das BIO-Siegel haben ökologische und wirtschaftliche Vorteile für die Öko-Branche gebracht - davon profitiert auch die Neuköllner Wirtschaft. Hier produziert die Firma Solon, eines der größten deutschen Solar-Unternehmen. Zwei große Firmen der Naturkostbranche „Märkisches Landbrot“ und „Terra“ sind seit Jahren in Neukölln ansässig und schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Das größte Berliner Biomassekraftwerk versorgt die Neuköllner Gropiusstadt mit Strom aus erneuerbaren Energien.

Berlins größter Bio-Discount
Abholmarkt · Dauerniedrigpreise · Fachberatung · Ideal für den großen Bedarf

BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen

Bergiusstr. 36 (AB Grenzallee) · 12057 Berlin · Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Fon 68056661 · www.big-bio.net

Grüne Kandidaten für Neukölln

Die Neuköllner Bündnisgrünen haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung nominiert. Kontinuität und Erneuerung werden die Kompetenz einer neuen grünen Fraktion in der BVV sicher stellen. Im Folgenden stellen sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Bezirksliste vor:

Listenplatz 1: Gabriele Vonnekold,



54 Jahre, kaufmännische Angestellte; geborene Neuköllnerin und Gründungsmitglied der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln mit den Arbeitsschwerpunkten: Finanzen, Wirtschaft, Arbeit und Soziales.

Bildung ist der Schlüssel zur Lösung sozialer Probleme, zur Vermeidung von Armut und Arbeitslosigkeit und zur Teilhabe an einer toleranten Gesellschaft. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass Neukölln alle verfügbaren Mittel einsetzt, um seine Kinder und Jugendlichen zu fördern und auszubilden, Migrantinnen und Migranten den Erwerb der deutschen Sprache zu ermöglichen und allen Neuköllnerinnen und Neuköllnern Chancen auf lebenslanges Lernen zu eröffnen.

Listenplatz 2: Jürgen Biele,



67 Jahre, Rentner

Seit 13 Jahren bei den Grünen, und nicht erst seit gestern schlägt mein Herz für grüne Politik und die Menschen in dieser Stadt. Geboren in Berlins Mitte, wohne ich seit 36 Jahren in Neukölln und habe in den letzten fünf Jahren für die Bündnisgrünen in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln für grüne Politik geworben. Und meine Politik? Obwohl selbst Autofahrer, bin ich erklärter Gegner einer am Auto orientierten Verkehrspolitik.

Umweltschutz, Gesundheit, Stadtentwicklung und Verkehr waren Schwerpunkte meiner bisherigen politischen Arbeit. Wohnen und zu Hause sein in Neukölln, in einer gesundheitsgerechten Umwelt, bezahlbaren Wohnungen, mit Menschen jeder Herkunft. Leben in Rudow, das nicht zur Autobahnausfahrt verkommen darf, auch nicht zur Lärm- und Einflugschneise eines überdimensionierten Großflughafens. Dafür will ich mich auch weiterhin einsetzen.

Stadtteilmütter für Neukölln als Regelaangebot im Bezirk

Neukölln investiert in seine Zukunft

Neukölln - Die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln hat am 24. Mai beschlossen, das erfolgreiche Modell-Projekt der Stadtteilmütter künftig als bezirkliches Regelaangebot in allen Quartiersmanagementgebieten in Neukölln einzusetzen.

Bisher arbeiten Stadtteilmütter im Quartiersmanagementgebiet Schillerpromenade. Frauen unterschiedlicher Herkunft aus dem Quartier wurden dort in einem durch die EU geförderten Projekt des Diakonischen Werkes ausgebildet. Sie suchen Familien in ihre Nachbarschaft auf und beraten sie bei der Erziehung und Förderung der Kinder, vermitteln Informationen über das Bildungssystem und unterstützen die Eltern beim Kontakt zu Kitas und Schulen. Durch den nachbarschaftlichen Kontakt und die Beratung vor Ort in den Familien, werden gerade die Eltern erreicht, die nicht von sich aus Beratungsstellen aufsuchen.

Die Bildungschancen vieler Kinder in Neukölln werden heute noch dadurch vertan, dass die Kinder schlecht vorbereitet in die Schule kommen. Ein entscheidendes Problem ist häufig die nicht ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache und das gilt nicht nur für Migrantenkinder. Oft fehlt

Baobab 2006

2. Offene Afrika-Meisterschaft in Berlin

Die FASO Initiative e.V. veranstaltet auch in diesem Jahr wieder mit Brücke zu Togo e.V. und einigen Aktiven der Bürgerstiftung Neukölln ein afrikanisches Fußballturnier mit buntem Rahmenprogramm und Afrikamarkt in Neukölln. Schirmherr in diesem Jahr der Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky.

Ziel der Initiative ist, sowohl afrikanische Vereine und Initiativen untereinander in Kontakt zu bringen, als auch die große Afroberliner Szene in Berlin bekannter zu machen.

Das Rahmenprogramm und den Afrikamarkt gestalten Vereine und Initiativen, die aus verschiedenen Ländern Afrikas kommen, sie stellen ihre Arbeit vor: Kultur, Beratung, Sport, Begegnung, Aufklärung u.v.m. Es gibt afrikanisches Essen, Musik, Kunst und Kinderspiele.

Herzlich willkommen sind Afrika- und Fußball-Freunde, alle BerlinerInnen und AfroberlinerInnen mit Familie, Besuch und Freunden...



Termine:

15.-16.7. Turnier ab 10 Uhr auf dem Jubiläumssportplatz in der Bergiusstraße 22, U7 Grenzallee, S45 Köllnische Heide, Bus 277

22.7.06 Abschlussparty mit Verleihung des Fairplay-Preises, Ehrung des Best-Players, u.v.m. in der Veranstaltungshalle des TiB-Sportzentrums: Columbiadamm 111, Bus 104;

Susanna Kahlefeld

aber auch die nötige Geschicklichkeit. Wenn ein Kind z. B. beim Schulintritt nicht in der Lage ist einen Stift sinnvoll zu halten und zu führen,



Auch ihrer Zukunft gilt die Sorge des Projekts „Stadtteilmütter“.

wird es beim Schreibenlernen große Probleme bekommen. Durch frühe Misserfolge wird die Freude am Lernen, die alle Kinder eigentlich haben, oft sehr schnell in Angst verwandelt und die Schulzeit wird zu einer sinnlosen Qual.

Auf mangelnden Schulerfolg folgen meist nahtlos Probleme bei der Suche nach einer Ausbildungs- oder Arbeitsstelle.

Damit Kinder Freude beim Lernen erleben und zu selbstbewussten und

erfolgreichen Menschen heranwachsen können, brauchen sie Ermutigung und Förderung. Dazu brauchen Eltern aber selbst Unterstützung und Information. Die sollen sie in Zukunft auch durch die Stadtteilmütter in ihrer Nachbarschaft, die die Probleme vor Ort kennt und die gleiche (Mutter-)Sprache spricht, erhalten. Gut ausgebildete Menschen bilden

den größten Reichtum unseres Landes und die wichtigste Voraussetzung für eine positive Zukunft. Deshalb muss alles getan werden, damit jedes Kind von Anfang an optimal gefördert wird, seine Möglichkeiten zu entfalten. Mit dem Einsatz der Stadtteilmütter setzt Neukölln dafür ein wichtiges Zeichen: Hier investiert der Bezirk, trotz knapper Kassen, in seine Zukunft. Gabriele Vonnekold

Hindu-Tempel ohne Planerin

Die Stadtplanerin Andrea Sölle, die seit Anfang 2005 den Bau des Hindu-Tempels in der Hasenheide vorbereitete, hat das Handtuch geworfen. Dies berichtete kürzlich Baustadträtin Vogelsang den Bezirksverordneten. Die Grünen bedauern dies, weil Sölle auch als kulturelle Mittele-

rin zwischen der Hindu-Gemeinde und den Behörden wirkte.

mhe

Ristorante - Pizzeria
hausgemachte Nudeln
selbst importierte Weine
Steinofenpizza
Fischspezialitäten
Erkstr. 10 - 12043 Berlin
Tel.: 030 / 68 08 79 46



Der Kommentar

„Vogel-kowsky“:

Liebe zu den Einkaufs-Goliaths

„Zwischen den Bezirksbürgermeister und mir passt in puncto „Estrel“-Erweiterung kein Blatt“, hatte Baustadträtin Vogelsang wiederholt erklärt. Dieser Schulterschluss zwischen den sich ansonsten ausgiebig und oft unfein beharkenden kommunalen Spitzenpolitikern wie auch zwischen bezirklicher SPD und CDU ist ungewöhnlich. Die gleiche Einmütigkeit herrscht zwischen beiden über die „Gropiuspassagen“: dieser Gigant von 75.000 m2 Verkaufsfläche will sich weitere 7.000 m2 einverleiben. Zum Vergleich: die gesamte Karl-Marx-Straße besitzt 80.000 m2.

Die Fixierung auf die beiden glitzernden Mega-Dienstleister im Bezirk ohne Rücksicht auf Verluste bei anderen Geschäften entspringt wohl einer Bewunderung für das florierende „Big Business“ und einem Fatalismus hinsichtlich des teilweise strachelnden restlichen Einzelhandels. Beide Politiker haben die traditionelle Neuköllner Einkaufsmeile Karl-Marx-Straße offenbar schon abgeschrieben: für Buschkowsky besteht sie nur noch aus „99-Cent-Läden und Rudis-Reste-Rampen“; und Vogelsang denunziert die 200.000 Euro, welche die Senatsbauverwaltung für die Förderung der Karl-

Marx-Straße angeboten hat, als plumpes Alibi für die „Estrel“-Ablehnung.

Buschkowskys schonungslosen Realismus – bisweilen abgeleitet in primitiven Rechtspopulismus – auf einem anderen Gebiet, der Integrationspolitik, mag man erfolgreich nennen, legt man als Messlatte die -zweideutige - bundesweite Aufmerksamkeit für Neukölln und den Geldregen für's Quartiermanagement an. Der SPD-Politiker verbindet seine schillernde Rhetorik aber immer mit der Förderung so mancher kleiner Projekte, zuletzt dem der „Stadtteilmütter“, einer Beratung von Migrantinnen durch Migrantinnen.

Die eine große Lösung aller Integrationsprobleme gibt es nicht. In der bezirklichen Wirtschaftspolitik glauben der Bürgermeister und seine Stellvertreterin aber immer noch an den „Phönix aus der Asche“, den Super-Investor. Und selbst wenn man dieser Auffassung anhinke: den wackligen Ast, auf dem der Neuköllner Einzelhandel sitzt, sollte man dabei auf keinen Fall weiter ansagen.

Hier hat die Bausenatorin Junge-Reyer recht: „Eine verödete Einkaufsstraße gefährdet die soziale Stabilität eines Bezirks genauso wie leerstehende Wohnungen.“

Manfred Herrmann

Notfalltelefon

Hilfe bei rassistischer Gewalt

Am 8. Juni ist eine 24-Notrufhotline eingerichtet worden, über die Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt eine erste telefonische Beratung in sechs verschiedenen Sprachen bekommen können. Zeugen rassistischer Gewalt haben die Möglichkeit ihre Beobachtungen an eine zentrale Stelle weiter zu geben. Opfer von rassistischen Übergriffen und Gewalt haben oft Angst sich an die Polizei zu wenden. Das hat viele Gründe, auch einfach den, dass man Angst hat, sich nicht sprachlich verständlich machen zu können. Die Hotline unter dem Namen „World Cup Racism Help Line“ bietet deshalb Ansprechpartner in sechs Sprachen: Deutsch (0160/578 50 85); Englisch (0170/609 42 41); Spanisch (0175/371 54 73); Französisch (0151/189 390 81); Portugiesisch (0160/609 70 23); Türkisch (0170/609 42 58).

Neben der konkreten Unterstützung für die Betroffenen soll das Projekt die Realität rassistischer Gewalt ins Blickfeld rücken. Mit der Zustimmung der Betroffenen sollen die gesammelten Vorfälle dokumentiert und anonymisiert veröffentlicht werden.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:

Vorstandssprecher:

Gabriela Gebhardt, Tel.: 6037754;
Rainer Penk, Tel.: 6213473

Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet: <http://www.gruene-berlin.de/neukoelln>, E-Mail:
neukoelln@gruene-berlin.de

Bezirksgruppe

Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr. in der Seniorentagesstätte „Böhmisches Dorf“, Kirchgasse, Ecke Richardstraße, (Nächsten Termin bitte telefonisch erfragen)

Kontakttelefone

Ausländerpolitik/Immigration:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Bau und Verkehr: Jürgen Biele,
663 56 40

Frauen: Carola Scheibe-Köster,
68 0927 73

Jugend, Kinder, Schule:

Susanna Kahlefeld, 687 82 12

Kultur: Sabine Kaledemorgen,
6922498

Natur- und Grünflächen:

Doris Schönduwe, 663 56 40

Neuköllner Stachel und Homepage der Bezirksgruppe:

Detlef Fritz, 0172-3904826

Soziales: Gabi Vonnekold, 6116635

Umweltschutz:

Jürgen Biele, 663 56 40

Wirtschaft: Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes: Jürgen Biele (jüb), Detlef Fritz (df), Sabine Kaledemorgen (ska)

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gabriela Gebhardt, Tatjana Thiel

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Postfach 440629, 12006 Berlin

Anzeigenleitung: Gabriela Gebhardt, 603 7754

E-Mail: gabi.gebhardt@snafu.de

Druck: Henke Pressedruck GmbH

Satz: Andreas Wernicke

Grüne Randnotizen: Besonderes zusammengetragen aus fünf Jahren Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung

Migrationsbeauftragte

März 2002 – Einem Antrag der Zählgemeinschaft (aus SPD, Grüne und PDS) auf Einrichtung der Stelle einer hauptamtlichen Migrationsbeauftragten versuchte die CDU zu kippen. Die CDU wolle lieber einen Ausländerbeauftragten und die Integration in den Mittelpunkt stellen, anstatt weitere Migration zu fördern. Die FDP: Integration sei eine Bringeschuld der Zuwanderer. Im Übrigen lehne sie jede weitere Zuwanderung nach Neukölln ab. Beschluss: Es wird eine Migrationsbeauftragte geben!

Mutter-Kind-Zentrum

Juli 2002 - Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen der BVV fordert den unverzüglichen Baubeginn dieser Einrichtung. Darin wird das Bezirksamt gebeten, sich „gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus von Berlin offensiv dafür einzusetzen, dass der geplante Neubau eines Frau-Mutter-Kind-Zentrums im Vivantes-Klinikum Neukölln am Standort Rudower Straße verbindlich mit einer ersten Rate (Bauvorbereitungsmittel) von 2003 an vorgesehen und dieses Bauvorhaben dann unverzüglich realisiert wird.“

Estrel wird größer

Oktober 2002 - Auf dem ehemaligen Alcatel-Gelände will der Betreiber des Estrel-Hotels ein nun noch größeres Hotel mit „Convention Center“ errichten. Der Bebauungsplan für das Mammutprojekt fand Beifall von der CDU bis zur PDS – nur die Grünen blieben skeptisch und enthielten sich. Grüner Kritikpunkt: Die Umgebung Sonnenallee wird in das Projekt zu wenig eingebunden.

Gropiuspassagen

März 2003 - Derzeit läuft ein Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan (FNP). Die Neuköllner SPD wollte wissen, ob daraus eine weitere Vergrößerung der Passagen

folgen kann. Baustadträtin Stefanie Vogelsang (CDU): „Ich bin nicht für eine Erweiterung, es sei denn, die BVV will es.“

Krieg im Irak

Mai 2003 - Die Neuköllner Bezirksverordneten haben in seltener Einmütigkeit zum Krieg im Irak Stellung genommen. In einer von allen Par-



teien getragenen Entschließung heißt es: „Der Beginn des Krieges im Irak hat in der BVV Neukölln große Beunruhigung und Betroffenheit ausgelöst. Unsere tiefe Sorge gilt jetzt dem Schicksal der betroffenen Menschen, den Opfern und ihren Familien. Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln bekundet ihre Enttäuschung darüber, dass nicht alle Möglichkeiten von Politik und Diplomatie ausgeschöpft wurden und nun der Krieg als Weg der Problemlösung gegangen wird.“

Skihalle gescheitert

Oktober 2003 - „Das Bezirksamt geht nicht mehr davon aus, dass es noch zu einer Realisierung der Skihalle am Mergenthaler Ring kommt,“ dies der BVV in einer Vorlage zur Kenntnis gebracht, erfreute besonders die bündnisgrünen Bezirksverordneten.

Hatten sie doch von Anfang an gegen dieses Projekt Stellung bezogen. Die Kleingärtner am Mergenthaler Ring wird's ebenfalls freuen!

Dreister FDP-Ausfall

Oktober 2003 - Auf dem Parkett einer erregten Diskussion um die Betreuung in Kindertagesstätten rutschte der FDP-Chef in der BVV, Sebastian Kluckert, erneut aus: Kinder von Sozialhilfeempfängern haben in Kitas nichts zu suchen. Wer zuhause ist, kann sich allein um seine Kinder kümmern, war sein Credo. Allen anderen Fraktionen, die CDU eingeschlossen, stand teilweise das blanke Entsetzen in den Gesichtern ob soviel pädagogischer Unterbelichtung.

Bargeld statt Chip

Mai 2004 - Vor fast einem Jahr hatte die Mehrheit in der Neuköllner BVV das Verfahren, Asylbewerber nur mit Chip-Karten bei ausgewählten Einzelhändlern einkaufen zu lassen, abgelehnt und das Bezirksamt aufgefordert, Bargeld auszugeben. Nach längerem Rechtsstreit hat nun das Bezirksamt in einer Vorlage zur Kenntnisnahme die Umsetzung des BVV-Beschlusses zum 1. Juli 2004 angekündigt, jedoch angemerkt, „dass der Beschluss nicht seiner Rechtsauffassung entspricht“. Die CDU zur BVV: „Sie zwingen das Bezirksamt zum Rechtsbruch!“ Das Bezirksamt nahm's gelassen...

Wertausgleich fordern

März 2005 - Eine Große Anfrage der CDU zum Thema „Zukunft und soziale Gerechtigkeit für Neukölln“ nutzte Bezirksbürgermeister Heinz Busch-kowski für eine kurze Replik zu seinen Bemühungen für einen sozial-strukturellen Wertausgleich. Seit Ende der achtziger Jahre hätte er vehement dafür gestritten, leider mit sehr bescheidenem Erfolg, aber er hätte „die CDU damals gern an seiner Seite gehabt“. SPD-Frakti-

ons-Chef Jürgen Koglin: „Die CDU hat den Wertausgleich in diesem Haus „totgeschwiegen“! Allerdings musste er einräumen, dass „die Landes SPD den Bemühungen der Neuköllner Genossen selten gefolgt“ sei. Und so wartet Neukölln weiter auf den von allen geforderten Wertausgleich...“

Gemeinsam sparen

Juli 2005 - Wie die Bezirkspolitik trotz erforderlicher Sparmaßnahmen sich dennoch Gestaltungsspielräume erhalten kann, versuchen alle Parteien in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung gemeinsamen zu verwirklichen. Das ehrgeizige Ziel: „Einsparungen anzusetzen, dass erforderliche finanzielle Spielräume zur Gestaltung einer positiven Entwicklung in den Feldern Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Kultur verbleiben.“ Das sei „so wichtig für die Zukunft der Neuköllner Bevölkerung, dass auch schmerzliche Einschnitte an anderen Stellen hingenommen werden müssen.“ Als besondere Schwerpunkte für diese „anderen Stellen“ wurden u.a. genannt: Aufgabe und Verlagerung von Verwaltungsstandorten, Reduzierung von Aufgaben im Natur- und Grünflächenamt und in der Stadtplanung.

Neue Vitalität

Februar 2006 - Alle Fraktionen stimmten einer von den Bündnisgrünen veranlassten Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses der Neuköllner BVV zu, die das Bezirksamt auffordert zu prüfen, „ob für eine Neuköllner Geschäftsstraße (z.B. Karl-Marx-Straße) im Rahmen der „Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Berlin“ ein Projekt „Management für eine vitale Geschäftsstraße“ initiiert werden kann.“

Eine Stärkung des Einzelhandels täte Neukölln gut.

jüb

Listenplatz 3: Gabriela Gebhardt



Jahrgang 1961, zurzeit Studium der Gesundheitsberatung

Vorstandsmitglied der Neuköllner Grünen und Bürgerdeputierte im Ausschuss Gesundheit und Umweltschutz. der BVV. Themenschwerpunkte: Bildung und Gesundheit.

Als Mutter von 2 Kindern habe ich stark in der Elternarbeit gearbeitet. So habe ich neben langjähriger Tätigkeit als Elternsprecherin und GEV-Vorstandsmitglied gewirkt und einen Schulförderverein ins Leben gerufen.

„In Neukölln stirbt man früher“. Das wollte ich durch meine langjährige Tätigkeit in einer Arztpraxis und meinem derzeitigen Studium zur Gesundheitsberaterin nicht länger hinnehmen. Gerade MigrantenInnen der 1. Generation sind vielfach über Präventionsangebote nicht informiert. Gesundheitsfürsorge muss weiter ausgebaut und gefördert werden. Für ein langes Leben, auch in Neukölln.

Listenplatz 4: Bernd Szczepanski



Jahrgang 1948, Verlagskaufmann

Ich bin in Neukölln aufgewachsen und am Richardplatz zur Schule gegangen. Die Entwicklung unseres Bezirks kann ich daher ganz gut beurteilen und ich bin vor allem besorgt über die sozialen Probleme. Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter schlechten schulischen Bedingungen, unzureichenden Jugendeinrichtungen und der Armut der Eltern, die ihnen eine individuelle Förderung ihrer Kinder unmöglich macht. Dies gilt vor allem für Migrantenfamilien mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und damit ohne Perspektive.

In der BVV möchte ich mich dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche stärker gefördert werden. Mein Interesse gilt auch der Verkehrspolitik in Neukölln. Ich bin ein entschiedener Gegner des Weiterbaus der „Stadtautobahn“ nach Treptow. Die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrsangebots ist für mich eine entscheidende Frage von Umwelt- und Lebensqualität.

Energiesparen? Im Bezirksamt nur im Schnecken tempo

Im Jahre 2004 ließ das Bezirksamt die Turnhalle der Theodor-Storm-Grundschule in der Hobrechtstraße für 470.000 Euro komplett wärmedämmen: erstaunliche 64 Prozent des bisherigen Energieverbrauchs konnte eingespart werden. Dies berichtete Reinhold Maurer vom „Energie- und Umweltbüro“, welches für das Hochbauamt eine energetische Datenbank für alle Liegenschaften aufbaut. Im selben Jahr wurde der Heizkessel in der Kita Neuhofer Straße in Rudow für 21.000 Euro erneuert und der Ölverbrauch um erkleckliche dreißig Prozent gesenkt.

Gesamtbilanz negativ

Dies sind zwei von einigen erfolgreichen Projekten des Bezirksamtes. Die Gesamtbilanz ist allerdings negativ. So ist der Energieverbrauch aller Liegenschaften laut Energiebericht 2004 des Bezirks seit 1998 von 106.000 Megawattstunden (MWh) – bei zwischenzeitlichen Schwankungen in beiden Richtungen - auf 116.000 MWh im Jahr 2004 gestiegen. Die gesamten Energiekosten sind in diesen sechs Jahren kontinuierlich von 6,2 Millionen auf 8,2 Mio Euro geklettert.

Die Grünen hatten daher schon seit langem ein Gesamtkonzept gefordert. In den Vertrag über die Zählgemeinschaft mit der SPD und PDS Ende 2001 hatten sie das Modell „Energiesparpartnerschaft“ bzw. „Contracting“ eingebracht. Danach wird ein privater Investor beauftragt, innerhalb von 10 bis 15 Jahren Energieanlagen einer Gruppe von

Gebäuden mit seinem Geld zu sanieren und Mindesteinsparungen zu garantieren. In mehreren Bezirksamts und Landeseinrichtungen - mittlerweile in zusammen 1.300 öffentlichen Gebäuden - wurden damit nach Angaben des Senatsexperten Klaus Kist Verbrauchsenkungen von mindestens 22 Prozent erzielt.

„Intracting“ contra „Contracting“

Als der grüne Bezirksverordnete Jürgen Biele im Jahre 2002 jedoch einen entsprechenden Antrag in die BVV einbrachte, mauernten sowohl beide „Koalitions“-Partner als auch die CDU und ihre Baustadträtin Stefanie Vogelsang. „Alle hielten es für ein schlechtes Geschäft, wenn der Auftragnehmer als Gegenleistung den Gewinn aus den eingesparten Energiekosten zum gro-

ßen Teil behalten würde“, erinnert sich Biele. „Doch unterschlugen die Kritiker dabei, dass der Contractor erst einmal durch eigene Mittel die Investitionen ermöglicht, welche die klamme öffentliche Hand meist selbst nicht aufbringen kann.“ Außerdem sei es Sache der Vertragsgestaltung, den Bezirk fair zu beteiligen.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung zum Neuköllner Energiemanagement lobte Vogelsang das „Intracting“-Modell des Bezirks Tempelhof-Schöneberg als Alternative. Dort stellt die BVV der Serviceeinheit Immobilien fünf Jahre lang jeweils bis zu 250.000 Euro als Anschubfinanzierung für Energiesparmaßnahmen zur Verfügung. Angefallene Kostenersparnisse fließen in den Topf zurück. Selbstkritisch merkte die Baustadträtin an, dass eine wesentliche Voraussetzung für „Intracting“ - wie auch für „Contracting“ - eine abteilungsübergreifende Bewirtschaftung der Haushaltstitel für Energie sei, was in Neukölln aber fehle.

Vertreter der Grünen wiesen darauf hin, dass ein weiterer für das „Contracting“ ins Feld geführte Nachteil, dass der Contractor keine baulichen Sanierungen unternehme, weil sie sich erst nach Jahrzehnten rechnen würden, in Tempelhof-

Schöneberg ebenso gegeben sei. Dort würden nur Anlagenmodernisierungen durchgeführt, die sich spätestens nach sieben Jahren amortisierten.

Trotz mancher Hindernisse wollen sich die Grünen weiterhin für durchgreifende Energiesparmaßnahmen im Bezirk einsetzen.

Keine Solaranlagen

Bid heute gibt es nur eine einzige Solaranlage auf einem bezirklichen Gebäude, und zwar Kollektoren zur Duschwassererwärmung auf dem Werkhof des Grünflächenamtes am Britzer Damm/Ecke Morihner Allee. Letztes Jahr hatten die Grünen gefordert, auf dem Neubau der Otto-Hahn-Oberschule in der Haarlemer Straße eine Fotovoltaik-Anlage zu errichten. Diesen Antrag lehnte die Mehrheit der BVV aus finanziellen und Statik-Gründen ab. Einem weniger verbindlichen Änderungsantrag stimmte sie allerdings zu. So wird das Flachdach der Hans-Fallada-Grundschule in der Harzer Straße privaten Interessenten zum Bau einer Solaranlage angeboten. Bisher konnte aber noch kein ernsthafter Investor gefunden werden.

Manfred Herrmann

Listenplatz 5: Susanna Kahlefeld



42, Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, promoviert in Philosophie;

Ich lebe seit fast 15 Jahren in Neukölln und unterrichte seit 1999 hier fast ausschließlich Erwachsene. In der letzten BVV habe ich mich für die bessere Beteiligung der Migrantenorganisationen eingesetzt, für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und für den Abbau von Integrationsbarrieren und Diskriminierung. Ich war für die Grünen im Migrationsbeirat und im Jugendhilfeausschuss.

Ohne Bildung und Beteiligung gibt es keine Integration – schon gar nicht in Neukölln, wo viele unter der Arbeitslosigkeit leiden. Die Bildung, die wir für Neukölln brauchen, umfasst nicht nur das Schulwissen, sondern auch Respekt, Kreativität, Ausdauer. Projekte, in denen Menschen aus verschiedenen Ländern das gemeinsam trainieren können, müssen wir auch in Zukunft unterstützen. Ich möchte etwas dafür tun, dass die Eingewanderten, egal wie lange sie hier schon leben, endlich wirklich in Deutschland ankommen.

Unser Ziel: EINE multikulturelle Gesellschaft. Dafür lässt sich konkret in unserem Bezirk eine Menge tun.

Listenplatz 6: Heinz Wagner



43 Jahre alt, Politikwissenschaftler;

In der BVV will ich mich vor allem für die Probleme engagieren, die mir für die Menschen in Neukölln am dringendsten erscheinen: Bildung, Integration und Arbeit. Mit Bildung und Ausbildung werden die Chancen eines jeden Kindes festgelegt. Für einen späteren Beruf, für die Einstiegsmöglichkeiten in die Arbeitswelt, für einen guten Schulabschluss oder ein späteres Studium. Hier müssen wir – gerade auch in Neukölln – mehr tun als bisher.

Integration ist eine zentrale Herausforderung für Neukölln. Wenn sie gelingt birgt sie große Chancen für die Zukunft des Stadtteils. Gelingt sie nicht, besteht die Gefahr einer zunehmenden sozialen Ungleichheit. Arbeit ist nach wie vor die beste Möglichkeit um am gesellschaftlichem Leben zu partizipieren. Ich will mich dafür einsetzen, dass diese Themen in der Bezirksverordnetenversammlung im Vordergrund stehen. Bei den Grünen bin ich bereits seit 15 Jahren Mitglied, zuerst im Kreisverband Prenzlauer Berg und nun seit anderthalb Jahren in Neukölln. Ich war schon häufig Delegierter bei Bundes- und Landesparteitagen und seit wenigen Wochen bin ich Sprecher des Kreisverbands Neukölln.

Verkehrsberuhigung am Richardplatz geht weiter

Richardkiez – Der Richardplatz und die dortigen Verkehrsverhältnisse haben in den vergangenen Jahren die Bezirksverwaltung und die Bevölkerung vor Ort mehr als einmal beschäftigt. Nach Auf- und Abbau einer Diagonalsperre, Einrichtung und Streichung einer Einbahnstraße, mehreren Pollern und schließlich zwei Blumenbeeten mitten auf der Fahrbahn hat nun die TU Berlin erste Ergebnisse einer Verkehrszählung vorgestellt, die Klarheit bringen sollen, was nun wirksam war und was nicht

Der Bericht liegt zwar noch nicht vor – was aber aus den bisherigen Vorträgen des Verkehrswissenschaftlers Rumen Genow geschlossen werden kann, ist: Mit Blumenbeeten, Pollern und der Tempo-10-Zone konnte eine nachhaltige Verkehrsberuhigung am historischen Richardplatz und in seinen Nebenstraßen beibehalten werden.

Das war nicht unbedingt zu erwarten: Die Diagonalsperre, die zwischen Juni 2003 und xx 2004 für ein Jahr den Durchgangsverkehr vom Platz wirkungsvoll verbannte, war zugunsten eines in Berlin bis dahin noch nicht erprobten „verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs“ wieder abgebaut worden. Seither galt faktisch wieder freie Fahrt, aber mit Tempo 10. Mit einengenden Baumaßnahmen, häufigen Geschwindigkeitskontrollen und

erfreulicher Rückendeckung durch die Neuköllner Politik gelang es, dass die gefahrenen Geschwindigkeiten tatsächlich spürbar zurückgingen (auch wenn es leider immer noch zu viele Raser gibt).

So betrachtet, ist die jüngere Geschichte der Verkehrsplanung am Richardplatz ein kleiner Erfolg: Mit einer Mischung aus Engagement und sachlicher Arbeit haben es Bürger aus dem Kiez geschafft, die Aufmerksamkeit der Bezirkspolitik auf ein seit über 20 Jahre ungelöstes Problem zu lenken. Die Diagonalsperre – ursprünglich allein aus der Not geboren, mit wenig Geld viel Wirkung zu erreichen – steht zwar nicht mehr, wurde aber inzwischen zu einem „Exportschlager“ und wird hoffentlich fortan am Mimosenweg in Rudow Schleichverkehre zur Autobahn unterbinden helfen. Auch die mobile Geschwindigkeitsanzeige befindet sich längst auf Wanderschaft durch den Bezirk und unterstreicht die Bedeutung von Geschwindigkeitskontrollen vor Kitas und Schulen.

Unterdessen hat im Kiez die Verkehrsberuhigung keinesfalls zu dem von manchen befürchteten Ladensterben geführt. Ganz im Gegenteil hat sich nach den intensiv geführten Debatten endlich ein Betreiber für die „Villa Rixdorf“ gefunden und damit das gastronomische Angebot ausgeweitet. Es bleibt zu hoffen, dass sich nunmehr das Augenmerk auch auf die anderen,

Integrationspolitik konkret! 15 Vorschläge für Berlin

Eine Veranstaltung in der Neuköllner „Manege“

Bündnis 90/Die Grünen hatten eingeladen und ca. 60 Menschen fanden den Weg in die Manege in der Neuköllner Rütlistrasse. Renate Künast stellte das neue integrationspolitische Programm der Grünen vor. Als ExpertInnen zur Bewertung der bündnisgrünen Vorschläge waren Safter Cinar (Sprecher des Türkischen Bundes und Vorsitzender des Türkischen Elternvereins Berlin-Brandenburg), Hüseyin Midik (Vorstandsmitglied von DITIB Berlin), sowie Martha Galvis de Janzer (Leiterin des Manege-Jugendprojekts und Vorstandsmitglied Fusion e.V.) zur Podiumsdiskussion eingeladen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Volker Ratzmann (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus).

Vier Punkte stellt Renate Künast in den Mittelpunkt der grünen Überlegungen:

1. Deutsch ist die Verkehrssprache in Deutschland und muss deshalb schon in der Kita gelernt werden. Sie ist der Schlüssel für alle weiteren Bildungschancen.
2. Arbeit ist ein Zentraler Ort für die Integration in die Gesellschaft.

3. Politische Teilhabe und Mitgestaltung sind ein wesentlicher Punkt für die demokratische Gestaltung der Gesellschaft.

4. Der Islam muss nach Deutschland eingebürgert werden – wir brauchen Islamunterricht an den Schulen und wollen auch eigene Theologen an den Hochschulen ausbilden.

Renate Künast schlägt zusammen mit der grünen Bundestagsfraktion vor, einen Integrationsvertrag zwischen den MigrantInnen und der aufnehmenden Gesellschaft ab zu schließen, in dem für beide Seiten Rechte und Pflichten konkret definiert werden.

Sie wies darauf hin, dass beide Seiten Schritte aufeinander zu gehen müssen und sich in diesem Prozess auch verändern werden. Safter Cinar wies in der Diskussion darauf, dass das grüne Integrationspapier schon vor 30 Jahren notwendig gewesen wäre und ein Teil der Probleme eben nicht migrationspolitische, sondern soziale Gründe habe. Hüseyin Midik sagte, die Migrantinnen haben ihre Religion aus ihrer Heimat mitgebracht und sie seien in der Gesellschaft auch dauerhaft angekommen. Sichtbar sei dies am Bau von Moscheen, das sei ein Ausdruck für den Willen, dauerhaft in Deutschland zu bleiben.



Die Diagonalsperre am Richardplatz, ein Modell auch für Rudow?

noch dringenderen Aufgaben im Kiez richtet. Das Quartiersmanagement bietet dafür eine geeignete Plattform.

Schließlich erweisen sich die zahlreichen Baumaßnahmen als sparsam, relativ ortsgerecht und effektiv. Ohne den Erfindungsreichtum in TU und Verwaltung und die Bereitschaft, auch unkonventionelle Wege zu gehen, wäre dies nicht möglich gewesen. Zwar wurde dieser bescheidene Erfolg durch die Verkehrsinitiative Richardplatz und die in ihr und um sie herum engagierten Bürger angestoßen – man denke an die prall gefüllten Säle bei den Bürgerversammlungen –, letzten Endes war es aber die Bereitschaft großer Teile der Bezirksverordnetenversammlung, die die Aufgabe der Verkehrsberuhigung an diesem einen Ort ernst nahm. Solche Einigkeit muss nicht von Dauer sein, aber sie ist ein Zeichen für ein Bekenntnis zum Kiez, dass man von manchen auch für die anderen Teile des Neuköllner Nordens wünscht.

Axel Stein

Darüber hinaus bemüht sich DITIB seit den 80er Jahren um die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts, um auch an den Schulen islamischen Religionsunterricht abhalten zu können. Auch Martha Galvis de Janzer bezog sich positiv auf den vorgeschlagenen Integrationsvertrag: „Er würde uns allen helfen.“ Sie erwartet ein positives politisches Signal zu „Deutsch-

Berliner Mauerweg

Mit Michael Cramer auf dem ehemaligen Grenzstreifen Geschichte erfahren

Mit einem erfolgreichen Antrag hatten Bündnis 90/Die Grünen anlässlich des 40. Jahrestags des Mauerbaus im Jahr 2001 eine Initiative für den „Berliner Mauerweg“ gestartet. Mit seiner Verabschiedung im Abgeordnetenhaus von Berlin wurden die Mauerreste unter Denkmalschutz gestellt und für Chris Gueffroy eine Erinnerungsstele errichtet. Zudem wurden mit Finanzmitteln der Bundesregierung, der Europäischen Union und des Berliner Senats die Eisenbahntrassen in Lichterfelde Süd untertunnelt, die 160 km lange Route ausgeschildert, die sandigen Schiebestrassen beseitigt und zahlreiche Lücken fahrradfreundlich ausgebaut.

Der „Berliner Mauerweg“ – mittlerweile ein Markenzeichen für die Verbindung von sanftem und Stadt-Tourismus – wurde auch Vorbild für den fast 7000 km langen Iron Curtain Trail in Europa, dem Rad- und Wanderweg entlang dem früheren Eisernen Vorhang von der Barentssee zum Schwarzen Meer, den das Europäische Parlament – ebenfalls auf Antrag der Grünen – im letzten Jahr beschlossen hat.



Ein kompetent besetztes Podium: Hüseyin Midik, Renate Künast, Volker Ratzmann, Martha Galvis de Janza, Safter Cinar

land ist ein Einwanderungsland.“ Und darauf folgende Konsequenzen in der Politik, die erfolgreiche Projekte – wie Fusion e.V. – ausreichend unterstützen und finanzieren. Kritisiert wurde von allen Podiums-teilnehmerInnen die bestehende Praxis der Kettenduldungen, die dazu führt, dass junge MigrantInnen zwar einen Schulabschluss

in Deutschland machen könnten, ihnen dann aber der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird. Diese Tatsache ist einer der Hauptgründe für die fehlende Motivation und Perspektive vieler Schülerinnen und Schüler gerade auch in Neukölln.

Haben Sie keine Lust mehr auf Kontierung und Lohnabrechnung... ? Wir helfen Ihnen gerne...

- Kontierung und Buchung Ihrer täglichen Geschäftsvorfälle
- Offene Posten-Verwaltung von Debitoren und Kreditoren
- Div. monatl. Auswertungen, ELSTER, Sonderleistungen
- Preisbsp.: 100,- EUR für max. 120 Geschäftsvorfälle

- Monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für jeden Mitarbeiter (Preis: 9,80 EUR/Abrechnung) (inkl. aller Beitragsnachweise, An- und Abmeldungen, Lohnjournal, LSt.-Besch., Protokolle, LSt.-Anmeldung (ELSTER))

15 Jahre Berufserfahrung

C & M - Brünne (Gbr)

Service rund um Ihr Unternehmen

Ind.-Kff. Christine & Dipl.-Kfm. Michael Brünne
Beifußweg 42a, 12357 Berlin

Tel.: 661 00 62/Fax: 661 00 63
mobil: 0162 - 106 36 92
e-mail: christine.brueenne@web.de



Die grünen Kandidaten für Neukölln: Ein stakres Team

Berlin - Am 30. Mai hat die Mitgliederversammlung der Neuköllner Grünen entschieden: Sechs Bewerberinnen und Bewerber, werden für Neukölln in den sechs Wahlkreisen um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler und damit um den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus kämpfen. Ihr besonderes Augenmerk richten die Grünen dabei auf den Wahlkreis 1 im Norden Neuköllns. Hier kandidiert Gabriele Vonnekold, derzeit Fraktionsvorsitzende der Grünen in der BVV Neukölln. Im Folgenden analysiert die Kandidatin ihren Wahlkreis und begründet ihr Engagement:

Arbeit, Bildung und Integration sind die wichtigsten Themen im Wahlkreis 1. Hier müssen die Schwerpunkte - auch die finanziellen - der Politik des Landes Berlin der nächsten Jahre liegen, dabei müssen besonders benachteiligten Gebiete auch besonders gefördert werden. „Problemkieze“ brauchen nicht erregte Diskussionen nach jeder Skandalmeldung, sondern Hilfe zur Bewältigung ihrer Probleme.

In dem Gebiet im Norden Neuköllns an der Grenze zu Kreuzberg und Treptow sind die sozialen Probleme des Bezirkes besonders deutlich. Gleichzeitig gibt es hier aber auch besonders viele Menschen, die sich in unterschiedlichsten Zusammenhängen für die Verbesserung der Situation einsetzen. Es gibt eine Vielzahl von Initiativen für Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Kunst und Kultur und zur Verbesserung des Wohnumfeldes. In leer stehenden Läden siedeln sich wieder neue Gewerbe, Lokale und Galerien an, die ein neues Publikum anziehen. Die Altbauquartiere mit günstigen Mieten und einem lebendigen Umfeld werden zunehmend interessant für junge Leute, die bisher die klassischen „Szene“-Bezirke bevorzugt haben.

Gemeinsam mit den Vielen, die sich aktiv für ihre Kieze engagieren, an einer positiven Entwicklung zu arbeiten und ihnen eine Stimme in der Landespolitik zu verleihen wird mein besonderes Anliegen sein. Als grünes Gründungsmitglied ist mir besonders wichtig, dass politische Entscheidungen nicht an den Betroffenen vor Ort vorbei getroffen werden dürfen, deshalb werde ich mich dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu verbessern und zu erleichtern und mich Tendenzen zu weiterer Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse auf der Landesebene entgegenstellen. Die Bezirke - jeder einzelne Berliner Bezirk wäre im Rest der Republik eine Großstadt - dürfen nicht weiter entmachtet, sondern ihre Kompetenzen müssen gestärkt werden.

Ein starkes Berlin braucht starke Bezirke und Bürgerinnen und Bürger, die mitdenken, mitreden, mitarbeiten und mitentscheiden.

Für den Wahlkreis 2, ebenfalls im Norden Neuköllns, macht sich das AL-grüne Urgestein Micha Wendt stark. Hier sein politisches Statement:

1955 in Berlin geboren, Studium Maschinenbau; Gründungsmitglied der Alternativen Liste, der Vorgängerin des Grünen Landesverbandes und Mitglied der ersten Abgeordnetenhausfraktion. Von 1989 bis 1999 war ich als Stadtrat im Neukölln u.a. für Jugend, Schule und Kultur zuständig.

Der Wahlkreis 2 reicht vom Richardplatz bis zur Hasenheide, umfasst Gebiete mit ganz besonders schwierigen Problemen: extrem hohe Arbeitslosigkeit, Leerstände in den Läden der großen Einkaufsstrassen und Konflikte an vielen Schulen. Quartiersmanagement-Gebiete sind erste Hilfsansätze, die dauerhaft und beharrlich weiterentwickelt werden müssen.

Dabei darf die Berliner Politik nicht nur dann in die Problemkieze schauen, wenn sich ein Konflikt so weit verschärft hat, dass er Zeitungsschlagzeilen macht. Das gilt ganz besonders auch für das Miteinander von Menschen aus so unterschiedlichen Kulturen, wie sie im Neuköllner Norden zusammen kommen.

In den kommenden Jahren fallen wichtige Planungsentscheidungen für den Norden von Neukölln: Gelände des Flughafens Tempelhof, das Kindl-Gelände und der sogenannte „Stadtumbau“ am Neuköllner Südring. Diese Entscheidungen müssen mit und für die Menschen im Neuköllner Norden getroffen werden. Eine „Aufwertung“ einzelner Gebiete ist dabei sicher sinnvoll, darf aber niemals die „Verdrängung“ einzelner Bevölkerungsgruppen, etwa durch unbezahlbare Mietsteigerungen, zum Ziel haben. Ausgrenzung kennt der Neuköllner Norden längst genug, sei es der Arbeitsmarkt, in der Schule oder beim Aufenthaltsstatus. Gebrauch wird eine Perspektive in der Gesellschaft und dafür braucht es auch eine politische Stimme. Die Stimme bei den Wahlen am 17. September kann dafür ein Anfang sein.

Im Wahlkreis 3 hat sich die umweltpolitische Sprecherin der grünen Abgeordnetenhausfraktion die anspruchsvolle Aufgabe vorgenommen, dem CDU-Spitzen-Kandidaten Pflüger das politische Fürchten zu lehren.



Gabriele Vonnekold kandidiert im Wahlkreis 1



Micha Wendt, AL-Urgestein, ist gerüstet für den Wahlkreis 2



27 Jahre, Rechtsreferendarin



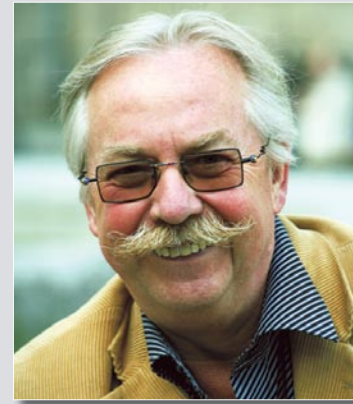
Felicitas Kubala, im Abgeordnetenhaus die umweltpolitische Sprecherin der Grünen, tritt im Wahlkreis 3 an



Marcus Nitschke, vom Beruf Arzt, steht bereit für den Wahlkreis 4



Horst Voigt, derzeit in der Neuköllner BVV bewirbt sich im Wahlkreis 5



Jürgen Biele, ebenfalls Bezirksverordneter, will die Ergebnisse im Wahlkreis 6 verbessern helfen

„Saubere Luft, weniger Lärm, Erholung im Grünen...Umweltschutz ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Lebensqualität in der Stadt. Dafür engagiere ich mich seit mehr als 20 Jahren bei Bündnis 90/Die Grünen. Nach Erzieherausbildung und Tätigkeit bei einem Sportverband habe ich Betriebs- und Volkswirtschaftslehre studiert. In 13-jähriger Tätigkeit bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und als Umweltamtsleiterin in Steglitz konnte ich berufliches und politisches Engagement miteinander verbinden. Seit 2001 bin ich Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Ich habe eine erwachsene Tochter, bin vor 50 Jahren in Berlin geboren und habe einige Jahre in Neukölln gelebt.“

Im Wahlkreis 4 bewirbt sich Markus Nitschke um Vertrauen und Stimme für eine bessere, eine grüne Gesundheitspolitik:

Ich bin 41 Jahre, Facharzt für Anästhesie, Intensivmediziner am Deutschen Herzzentrum Berlin und freiberuflicher Notarzt.

Geboren in Berlin-Tempelhof, aufgewachsen in Marienfelde, besuchte ich in Wilmersdorf das Gymnasium. Meine beruflichen Tätigkeiten führten mich nach Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg. Seit 2004 lebe ich wieder in Berlin und gerne in Neukölln. Politisch aktiv bin ich seit 1995 bei Bündnis 90/Die Grünen, unter anderem in der BVV Steglitz (1995 - 1997) und engagiert für grüne Gesundheitspolitik. Ich stehe für die systematische Verknüpfung von Prävention mit der ambulanten und stationären Versorgung und die Stärkung der „integrierte Versorgung“, bei der die sinnlose Tren-

nung von ambulanter und stationärer Behandlung zugunsten einer nahtlosen Versorgung aufgehoben wird. Ich setze mich ein für den Erhalt von Charité und Vivantes als landeseigene Einrichtungen und kämpfe auch als Betriebsratsmitglied für die strikte Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten im Gesundheitswesen. Für mich ist die enge Verknüpfung von sozialer Lage und gesundheitlicher Situation der Angelpunkt bündnisgrüner Gesundheitspolitik. Deshalb kandidiere ich für die BVV Neukölln und für das Abgeordnetenhaus.

Im Wahlkreis 5 steht Horst Voigt zur Wahl. Seine Vorstellung steht links in der „grünen Spalte“ der Listen-Bewerber für die Neuköllner BVV.

Ebenfalls bei den Bewerbern um einen Listenplatz zur BVV ist Jürgen Biele zu finden (Seite 2). Er kandidiert für den Wahlkreis 6.

- Wahlkreis 1:** Maybachufer, Sonnenallee, Saalestraße;
- Wahlkreis 2:** Hermannstr., Siegfriedstr., Richardstr.;
- Wahlkreis 3:** Silbersteinstr., Lahnstr., Neuköllnische Allee, Gradestr., Blaschkoallee;
- Wahlkreis 4:** Buckower Damm, Grüner Weg, Stuthirtenweg, Ringslebenstr.;
- Wahlkreis 5:** Rudower Str., Kölner Damm, Gropiusstadt;
- Wahlkreis 6:** Zwickauer Damm, Stubenrauchstr., Waltersdorfer Chaussee, Waldstraße;

Ich wohne seit zwei Jahren in Neukölln, ganz oben im Reuter-Kiez. Gerade hier hat sich in dieser Zeit viel entwickelt. Ehemals leerstehenden Ladenräume beherbergen heute Galerien und neue Cafes. Viele engagieren sich in und für den Kiez.

Diese Entwicklung möchte ich gerne fördern und wünsche mir das auch weitere Teile Neukölln von ihr profitieren. Das alleine löst die Probleme unseres Bezirkes leider nicht. Entscheidend ist für mich, dass eine solche Entwicklung der Steigerung der Lebensqualität der Menschen in Neukölln dient. Gerade Schwächere müssen die Möglichkeit haben eine Perspektive zu entwickeln. Dazu müssen Beratungsangebote erhalten und gestärkt werden. NeuköllnerInnen müssen Zugang zu Aus- und Weiterbildung haben. Deshalb möchte ich mich in der BVV für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Frauen engagieren.

Ich engagiere mich seit anderthalb in der Grünen Bezirksgruppe und bin seit Ende April Beisitzerin im Vorstand.

Listenplatz 8: Horst Voigt



Jahrgang 1957, gelernter Feinblechener; 1980 sattelte ich um zum kaufmännischen Angestellten eines großen Handelsunternehmens. Dort war ich vier Jahre als Betriebsrat tätig, bis zur Schließung des Hauses. Seit März dieses Jahres bin ich arbeitslos.

Zur meiner Politik: Ich bin gegen eine Politik des Neoliberalismus, die nur den großen Konzernen Vorteile schafft. Ich bin für eine Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einzahlen und die allen, unabhängig von ihren Geldbeutel, die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert.

Ich stehe für ein modernes und kulturelles, grünes Neukölln, damit Vielfalt in Neukölln gewährleistet ist. Neukölln als eine Begegnungsstätte aller Nationalitäten, dafür möchte ich streiten.

Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name Straße Wohnort

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Postfach 440628, 12006 Berlin

REISSCHALE

Asiatische Lebensmittel & Naturkost
Karl-Marx-Straße 181 · 12043 Berlin
☎ (030) 687 73 73

Des Stachels bunte Seite



Unter der Lupe

Medien-Schelte

Medien überbieten sich oft, wenn es darum geht, Neukölln negativ in die Schlagzeilen zu bringen. Oft nicht ohne Grund! Aber wenn einmal ein Neuköllner Kiez positiv – und das auch noch bundesweit – Erwähnung findet, dann ist den Herren und Damen Redakteuren wohl die Tinte in den Federn eingetrocknet.

So geschehen, als kürzlich das Quartiersmanagement Rollberg eine nicht alltägliche Ehrung erfuhr.

Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) höchstselbst zeichnete die „Rollberger“ mit dem Titel Botschafter der Toleranz aus und ehrte damit den Einsatz des Quartiers, „sich vorbildhaft gegen Diskriminierung und für den Respekt verschiedener Kulturen“ zu engagieren.

Die Kür der Botschafter der Toleranz findet alljährlich am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, statt und ist das Ergebnis eines Wettbewerbes, den das Bündnis für Demokratie und Toleranz auslobt. Dem Quartiersmanagement Rollberg wird in einer Erklärung hohes Lob zuteil, denn „es initiiert und koordiniert mit großem Engagement zahlreiche Projekte, die das Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit dem Viertel...fördern“. Maßnahmen zur Gewaltprävention und Teilhabe der Wohnbevölkerung runden die erfolgreiche Arbeit der Preissträger ab.

Botschafter der Toleranz in Neukölln – es gibt sie in allen Kiezen(!) – haben es verdient, auch erwähnt zu werden, immer wieder. Sie prägen das Gesicht Neuköllns mehr, als die Fratze von Gewalttätigkeit und Intoleranz. Merkt Euch das, Medien!

Jürgen Biele

Und hier noch die Listenplätze 9 bis 20 für die Wahl zur BVV Neukölln:

- Platz 9: Martin Kupfer
- Platz 10: Jochen Biedermann
- Platz 11: Ronald Wenke
- Platz 12: Martin Grafe
- Platz 13: Sebastian Böhme
- Platz 14: Markus Nitschke
- Platz 15: Peter Klopp
- Platz 16: Lysander Stange
- Platz 17: Felix Reyhl
- Platz 18: Peter Koller
- Platz 19: Ruwen Winde
- Platz 20: Axel von Zepelin

Die Wiederentdeckung des eisernen Vorhangs

Aus Brüssel von Michael Cramer
Von der Barentsee bis zum Schwarzen Meer trennte der Eisernen Vorhang das Europa der Nachkriegszeit auf einer Länge von knapp 7000 km. Entlang der ehemaligen Grenze soll auf dem früheren Todesstreifen bald ein Rad- und Wanderweg entstehen, der Reisen auf den Spuren der gemeinsamen Geschichte und Teilung unseres Kontinents ermöglicht.



Manchmal ist Geschichte paradox. Zum Beispiel wenn sich Orte des Todes in ihr Gegenteil verkehren und zu Lebensräumen werden. Der Eisernen Vorhang, der die physische und geistige Grenze zweier feindlich ausgerichteter Blöcke war, verbindet heute das wiedervereinigte Europa, ist Symbol einer gemeinsamen gesamteuropäischen Erfahrung. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft von Michail Gorbatschow. Es ist Bestandteil im kollektiven Gedächtnis Europas, mit dem die viel beschworene europäische Identität gefördert werden kann.

Dies hat auch das Europäische Parlament (EP) erkannt und Anfang September den „Iron Curtain Trail“ („Rad-Wanderweg Eiserner Vorhang“) in seinen Bericht über „Neue Perspektiven und Herausforderungen für einen nachhaltigen europäischen Fremdenverkehr“ aufgenommen und mit großer Mehrheit verabschiedet.

Auf Antrag der Fraktion der Grünen/EFA werden die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, „die Initiative ‘Iron Curtain Trail’ umzusetzen, für die der „Berliner Mauerweg“ Pate stand.

Auch eine finanzielle Beteiligung durch die EU ist möglich, nachdem das EP im Haushaltsplan für 2006 beschlossen hat, dass „der Iron Curtain Trail als Beispiel für sanfte Mobilität und als Symbol für die Wiedervereinigung Europas gefördert werden“ soll.

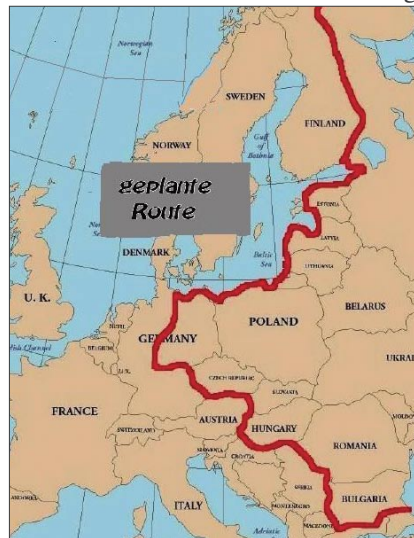
An diesem Projekt sind 19 Länder beteiligt, darunter 12 EU-Mitgliedsstaaten. Dabei ist folgende Route vorgesehen.

Beginnend an der Barentsee verläuft der Rad- und Wanderweg entlang der norwegisch- und finnisch-russischen Grenze bis zur Ostsee und passiert die Küstenstreifen von Estland, Lettland, Litauen, Kaliningrad und Polen. Von Lübeck bis zum sächsisch-bayrisch-schweizerischen Dreiländereck folgt der Rad-Wanderweg dem ehemaligen in-

nerdeutschen Grenzstreifen, für dessen Schutz und Nutzung für den sanften Tourismus der Deutsche Bundestag einstimmig votiert hat. Dann führt er über die Höhen des Böhmerwalds, vorbei an Mähren und der slowakischen Hauptstadt Bratislava, um bei Wien die Donau zu überqueren.

Entlang der Südgrenze Ungarns führt der Weg über Slowenien, Kroatien und die Vojvodina. Zwischen Rumänien und Serbien folgt die Strecke dem Lauf der Donau, um schließlich über Bulgarien, Mazedonien und Griechenland am nördlichsten Punkt der Türkei an der Schwarzmeerküste zu enden. Die Strecke verläuft durch mehrere Nationalparks und verbindet eine Vielzahl einzigartiger Landschaften, die wegen ihrer Grenzlage und vormaligen Sperrzonen nahezu unberührt geblieben sind.

Wie beim Berliner Mauerweg können auch für die Einrichtung des „Iron Curtain Trail“ die teilweise noch bestehenden asphaltierten Patrouillenwege der Grenzanlagen genutzt werden. So wird umweltschonend und mit relativ niedrigem finanziellen Aufwand ein landschaftlich und kulturell einzigartiger Rad- und Wanderweg geschaffen, durch den die Erinnerung an die Spaltung des Kontinents und seine Überwindung



auch an die kommenden Generationen weitergeben werden kann.

Besonders in den mittel- und südeuropäischen Regionen, in denen der Fahrradtourismus weniger stark verbreitet ist, wird der „Iron Curtain Trail“ ein attraktives Angebot für diese kontinuierlich wachsende und wirtschaftlich zunehmend bedeutende Tourismusbranche darstellen. Untersuchungen haben ergeben, dass Fahrradtouristen pro Tag mehr Geld ausgeben als Autotouristen, was insbesondere der lokalen Wirtschaft zu Gute kommt.

Nun liegt es an den Mitgliedsstaaten zusammen mit der EU Kommission das „Grüne Band“ zügig zu realisieren, damit man Europäische Geschichte, Politik und Kultur im wahren Sinne des Wortes „erfahren“ kann.



300 Jahre Schloss Britz animierten Teile der grünen Fraktion der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung zu einem Ausflug in die Vergangenheit. Wie sie sich hier dem barocken Treiben auf dem Gutshof Britz hingaben, zu dem der Bezirk eingeladen hatte, ließ erkennen, dass sie sonst einer „solcherart gefälligen Lebensäußerung nicht unbedingt abhold sind“. Der Wahlbürger mag erkennen: Hier haben Volksvertreter nur ausnahmsweise die Höhen gesellschaftlichen Hochstandes erklommen. In Kürze wird wieder sehr erdverbunden um die Gunst der Wähler gebuhlt. Übrigens: Die grünen „Barocker“ sind - von links - Doris Schönduwe, ehemaliges Fraktionsmitglied, und die aktuellen Fraktionäre Susanna Kahlefeld, Gabriele Vonnekold und Jürgen Biele.

gruene-neukoelln.de

Mitte Mai sind die Neuköllner Grünen umgezogen, wenn auch nur im Internet: www.gruene-neukoelln.de heißt unser neues virtuelles Zuhause.

In den letzten Monaten haben wir viel dafür getan, dass unser Heim gemütlich wird und Besucher sich willkommen fühlen. Dabei haben wir nicht nur die Fassade erneuert und die Optik an das aktuelle bündnisgrüne Erscheinungsbild angepasst, sondern die Seite von Grund auf neu gebaut. Ein Redaktionssystem sorgt jetzt für die Trennung von Form und Inhalt. Das bedeutet, dass unsere Redakteure fast keine technischen Kenntnisse mehr benötigen um Artikel auf www.gruene-neukoelln.de zu veröffentlichen. Ein Vorteil, der vor allem zu mehr Aktualität führt.

Ein neugestalteter Newsletter, der in Zukunft alle vier bis sechs Wochen erscheint, fasst alle wesentlichen Neuigkeiten zusammen. Melden Sie sich einfach auf unserer Internetseite an und Sie erhalten in Zukunft wichtige grüne Positionen und Termine automatisch zugeschickt!

In unserem Terminkalender weisen wir auf spannende Veranstaltungen in Neukölln hin. Wenn Sie wollen, dass

Ihre Veranstaltung auf unserer Seite erscheint, schicken Sie einfach eine e-Mail an termine@gruene-neukoelln.de.

Außerdem haben wir für jede und jeden Aktiven einen neuen Briefkasten aufgestellt: Unter vorname.



nachname@gruene-neukoelln.de sind ab sofort Vorstand, Fraktion und Bürgerdeputierte zu erreichen. Wir freuen uns jederzeit über Besuch. Sie finden uns unter www.gruene-neukoelln.de. Außerdem haben wir für jede und jeden Aktiven einen neuen Briefkasten aufgestellt: Unter vorname.nachname@gruene-neukoelln.de sind ab sofort Vorstand, Fraktion und Bürgerdeputierte zu erreichen. Wir freuen uns jederzeit über Besuch. Sie finden uns unter www.gruene-neukoelln.de. Jochen Biedermann



Tagelangen Tieffluglärm bescherte das „Red-Bull-Air-Race“ den Anwohnern des Flughafens Tempelhof. Die ablehnende Haltung einer breiten Mehrheit der Neuköllner BVV hatte nichts geholfen. Einziger Lichtblick: die Neuköllner bekamen einen Vorgeschmack, wenn nächstes Jahr der Flugbetrieb endet und der Zaun für die Bevölkerung dauerhaft fallen könnte. Foto: Manfred Herrmann



• Der letzte Punkt

Ein Skandal: Der Hochschullehrer Prof. Peter Grotian wird vom Verfassungsschutz bespitzelt, nur weil er regierungskritisch ist. Er war der Aufklärer im Bankenskandal und ist Gegner sozialer Ungerechtigkeiten. Ist das verfassungsfeindlich? Alte und neue Stasi-Seilschaften – potentielle Wähler der PDS – werden verschont, regierungskritische Linke dürfen bespitzelt werden. Und Grotian? Er spricht von einer „verluderten“ Republik. Recht hat er!
 jüb